

"Was bildet ihr uns ein?"

Initiative für mehr Bildungsgerechtigkeit
Vergangenheitsverlag, Berlin
Am Friedrichshain 22
10407 Berlin

1. Bildung beginnt nicht erst in der Schule!

Mit welchen Maßnahmen wollen Sie die frühkindliche Bildung und den Übergang von Kita zu Schule fördern? Was halten sie von dem Vorschlag, die frühkindliche Bildung kostenfrei und verbindlich zu gestalten?

Ja, wir setzen uns für das Recht auf einen kostenfreien Kita-Platz ab Geburt ein - mit flexiblen Zeiten, bei Bedarf ganztägig (auch über Nacht) und gut erreichbar (wohnt- oder arbeitsplatznah). Verbindlichkeit sehen wir aus verschiedenen Gründen eher kritisch, allerdings ist die Debatte in der Partei hier noch nicht ganz abgeschlossen. Wir möchten den Fokus aber eher darauf setzen, frühkindliche Bildung in Kitas zu bewerben und ihre Qualität zu erhöhen, so dass Eltern sich gerne und überzeugt dafür entscheiden. Außerdem möchten wir falsche Anreize wie das Betreuungsgeld abschaffen.

2. Wir wachsen in einer Gesellschaft auf, die Toleranz, gegenseitiges Verständnis und Zusammenhalt predigt!

Wie stehen Sie zum gegliederten Schulsystem? Wie sieht für Sie die Schule aus, in der die Kinder das tolerante Miteinander im Alltag erlernen können? Wie sollte Ihrer Meinung nach Inklusion in den Schulen umgesetzt werden?

Das gegliederte Schulsystem sehen wir kritisch: Im europäischen Vergleich fällt Deutschland durch eine besonders hohe soziale Selektion im Bildungssystem auf. Durch die frühe Aufteilung in verschiedene Schultypen ist der Bildungserfolg besonders von den finanziellen Mitteln und dem Bildungshintergrund des Elternhauses abhängig. Daher unterstützt die Piratenpartei das lange gemeinsame Lernen unterschiedlicher Schüler in Schulen mit Binnendifferenzierung. Lehrkräfte müssen für unbewusste Selektionsmechanismen und ihre Auswirkungen sensibilisiert werden, um ihnen entgegenwirken zu können.

Die Piratenpartei setzt sich dafür ein, dass jedes Kind, egal ob mit oder ohne Behinderung bzw. sonderpädagogischem Förderbedarf, wohnortnah einen Lernort bzw. eine Schule besuchen kann. Wir setzen uns dafür ein, dass kein Kind wegen fehlenden Zugangsvoraussetzungen und Ressourcen an dem Lernort bzw. der Schule ihrer Wahl abgewiesen wird. Das Wunsch- und Wahlrecht des Kindes und dessen Erziehungsberechtigten über den Lernort bzw. die Schule (Regelschule vs. Förderzentrum) muss in allen Bundesländern gesetzlich festgeschrieben werden. Alle Lernorte bzw. Schulen müssen über barrierefreie Zugänge für alle Kinder verfügen, die nicht nur auf die baulichen Voraussetzungen beschränkt werden dürfen. Weiterhin müssen diese über eine adäquate Ausstattung und Qualifizierung an Personal, Assistenzleistungen, Lehr- und Lernmitteln sowie sonstige Hilfsmittel für jedes Kind verfügen.

Wir setzen uns dafür ein, dass an Schulen Kurse zum Erlernen der deutschen Gebärdensprache (DGS) wenigstens als freiwillige Arbeitsgruppe, besser jedoch als reguläres Wahlpflichtfach angeboten werden. Darüber hinaus sollen an Schwerhörigen- und Gehörlosenschulen noch existierende Lücken in den Lehrplänen geschlossen und die DGS als Pflichtfach eingeführt werden.

Es gehört zu gelungener Inklusion, wenn auch Migrantinnen und Migranten als Lehrkräfte tätig sind. Dies hilft Kindern ohne Migrationshintergrund, Migranten zu respektieren, und Kindern mit Migrationshintergrund, sich die Lehrkräfte als Vorbild zu nehmen. Wir schlagen die Vergabe von Stipendien für Lehramtsstudierende mit Migrationshintergrund vor, um diese zum Lehramtsstudium zu ermutigen und sie zu fördern. Lehrkräfte müssen in ihrer Aus- und Weiterbildung sensibilisiert werden, wie sich Selektionsmechanismen auswirken. Ihnen sollte beispielsweise vermittelt werden, wie sich ihre eigene Herkunft, Bildung und gesellschaftliche Positionierung unbeabsichtigt auf ihren Unterricht und ihre Leistungsbewertungen auswirkt.

3. Für unsere Generation ist Vielfalt und kulturelle Diversität Realität!

Wie ist Ihre Meinung zum gleichberechtigten Erwerb der Herkunfts- bzw. Familiensprache in der Schule? Sollte die Auseinandersetzung mit Deutsch als Zweitsprache (DaZ) verbindlicher Teil des Lehramtsstudiums sein?

Eine zweisprachige Sozialisation wird in Deutschland leider nur bei populären Sprachen geschätzt. Die Piratenpartei sieht in der Mehrsprachigkeit auch bei Jugendlichen mit Migrationshintergrund ein Qualifikationsmerkmal. Wir begrüßen muttersprachlichen Unterricht zur Festigung der Muttersprache und zum leichteren Erwerb des Deutschen. Dies darf jedoch nicht mit Selektion der Lernenden in verschiedenen Klassen anhand von Sprache und Herkunft einhergehen. Wir setzen uns dafür ein, die vorhandenen pädagogischen Erkenntnisse aus bilinguaem Unterricht, z. B. an Europaschulen, für alle Schulen verfügbar zu machen. Der muttersprachliche Unterricht soll bestehende Sprachfähigkeiten zertifizieren und somit als Qualifikation wertschätzen. Die Didaktik von „Deutsch als Zweitsprache“ soll stärker in die Lehrerausbildung und die Fortbildungen eingehen.

4. Die im Berufsleben erworbenen Erfahrungen sind vielfältige und wertvolle Kompetenzen, die auch zur Aufnahme eines Studiums qualifizieren!

Wie sollte die Möglichkeit, ohne Abitur zu studieren, konkret geregelt sein, um diesen Weg nicht wie bisher nur als absolute Ausnahme zu erlauben?

Der qualifizierende Schulabschluss ist nicht ohne Grund Voraussetzung für ein Studium. Wenn die Forderungen aus dem Bildungspaket umgesetzt werden, dass Zertifikate (Scheine) die Notengebung ersetzen und ein gleichberechtigter, niederschwelliger und lebenslanger Zugang zu Bildung ermöglicht wird, können diese Zertifikate dann je nach Bedarf erworben werden und berechtigen dann auch zum Studium.

5. Auch für die Schule lernen wir!

Welche Bestandteile sollten Ihrer Meinung nach ins Lehramtsstudium aufgenommen werden, um den mangelnden Praxisbezug („Das habe ich in der Uni gar nicht gehabt und soll es nun unterrichten...“) aufzuheben? Wie stehen Sie zum Verhältnis von fachlicher, fachdidaktischer und didaktischer Ausbildung der Lehrkräfte?

Hierzu sagt unser Berliner Kandidat Björn Gliencke und Lehramtsstudent aus eigener Erfahrung: *„Nur mit viel Zufall kommt heute im Lehramtsstudium der Umgang mit aktuellen Medien und Technologien vor (Beamer, Internet, Rechner, Smartphone, digitale Lernplattformen,...). Hier ist dringender Handlungsbedarf, wenn die Lehrer von morgen den Kindern von morgen nicht ausschließlich die Methoden von gestern vermitteln können sollen.“*

Die aktuelle Lehramtsausbildung erfolgt meist als Fachstudium, ergänzt durch wenige (fach)didaktische Kurse und begleitet von ein paar wenigen Stunden Praxis in der Schule in einem kurzen Zeitraum. Ein Vortrag als Student vor Studenten kann den Unterricht nicht ansatzweise ersetzen. Hier bedarf es einer stärkeren Verzahnung von Fachausbildung mit der Didaktik und der Praxis in den Schulen.

Ob der Verzicht auf konkrete Themen zu Gunsten einer maximalen fachwissenschaftlichen Ausbildung sinnvoll ist, gilt es im Einzelnen zu überprüfen. Die im Rahmen diverser "Einsparrunden" qualitativ verschlechterter Kurse, von kleinen Tutorien und Seminaren hin zu großen Vorlesungen ohne Rücksicht und das Eingehen auf einzelne Studierende sind zurückzunehmen."

Peter Städter, Listenkandidat in Thüringen, Lehrer und Bildungspolitischer Ansprechpartner der PIRATEN Thüringen, dazu: *"Der LV Thüringen fordert einen vollständigen Umbau der Lehrerbildung hin zu einer Praxisorientierten Ausbildung. Lehramtsstudenten werden nicht auf Anforderungen wie die Inklusion Behinderter und die innerere Differenzierung in leistungsheterogenen Klassen vorbereitet.*

Häufig ist das vorhandene Wissen und Können bezüglich verschiedener Unterrichtsmethoden und -formen am Ende des Studiums unzureichend und muss im Referendariat ergänzt werden.

Als neues Medium ist noch das interaktive Whiteboard zu nennen. Die vielfältigen Möglichkeiten des Unterrichtseinsatzes und auch seine Grenzen gehören dringend ins die Lehrerausbildung.

Früher (in der DDR) gab es für Lehrerstudenten den Pflichtkurs Medientechnik. Hier hat man vom richtigen Wischen der Tafel über das Schreiben an der Tafel bis hin zur Bedienung des 8mm Filmprojektors alles Notwendige gelernt. Ich wäre dringend für eine Wiedereinführung auf aktueller technischer Basis."

6. Lernen ist ein individueller Prozess!

Mit welchen Maßnahmen kann diese schon alte Erkenntnis endlich in den Schulen (Lehrpläne, Stundentaktung, Unterrichtsstruktur) bzw. im gesamten Bildungssystem ankommen?

Jeder Mensch ist ein Individuum mit persönlichen Neigungen, Stärken und Schwächen. Das ist gut so und sollte in Bildungseinrichtungen wertgeschätzt und respektiert werden. Individuelle Bildungswege und Lernformen sowie selbstständiges Lernen erfordern eine Vielfalt von Unterrichtsformen. Wir setzen uns für eine Abkehr von starren Lehr- und Stundenplänen und stattdessen für Lernziele ein. Ein vorgeschrieben einheitliches Lerntempo lehnen wir ab, da es den individuellen Bedürfnissen der Lernenden nicht gerecht wird: "Im Gleichschritt Marsch" ist für uns kein überzeugendes pädagogisches Konzept. Jeder Schüler hat das Recht auf Unterstützung durch Mentoren. Für individuelle Schullaufbahnen setzen wir u.a. auf ein flexibles Kurssystem. Kurssystem und Mentoren erleichtern auch den Schulwechsel und Wechsel in andere Bundesländer.

Das Bildungssystem darf nicht auf den Arbeitsmarkt und die ökonomische Verwertbarkeit von Bildung ausgerichtet sein. Unsere Gesellschaft braucht Menschen, die kompetent und kritisch ihr Leben und ihre Aufgaben meistern und sich ihrer sozialen Verantwortung bewusst sind. Wir begrüßen den Pluralismus der Begabungen und Fähigkeiten. Heterogenität ist ein Reichtum, den wir würdigen und unterstützen.

7. Bei der Schulentwicklung müssen alle mitmachen – und zwar gern!

Wie können Ihrer Meinung nach bei Veränderungen des Schulbetriebs (z. B. mehr fachübergreifender Unterricht) die Lehrkräfte motivierend einbezogen werden? Wie könnte man die Begleitung solcher Veränderungen finanzieren?

Hierzu sagt Björn Gliencke: "Der Aufwand und die Koordination fachübergreifenden Unterrichts ist höher als wenn eine Lehrkraft für sich arbeitet. Insofern gilt es bei Veränderungen, diese möglichst weit zu unterstützen und störende Aspekte möglichst außen vor zu lassen.

Aktuell steigt der Verwaltungsaufwand für Lehrer*innen immer weiter. Dies ist aber keine Verwaltung für Schüler*innen, sondern reine Verwaltungsbürokratie. Allein beispielsweise das Beantragen und Genehmigen lassen von Wandertagen oder dem Besuch außerschulischer Lernorte kann über Tage mehrere Briefwechsel nach sich ziehen.

Gleichzeitig steigt die Anzahl der Schüler*innen pro Klasse, die Anzahl der zu unterrichtenden Stunden und jegliches Engagement über die Pflicht hinaus wird nicht honoriert. Lehrer, die Referendare betreuen, bekommen weniger oder keine so genannten Ermäßigungsstunden mehr, Betreuer von PC-Pools ebenso und Leiter von Fachbereichen die einen erhöhten Koordinierungs- und Verwaltungsaufwand haben, sind ebenfalls betroffen. Diese Vorgaben haben Auswirkungen auf die Motivation, leider ausschließlich negative. Positive Belohnungen für Engagement über die Pflicht hinaus, gibt es nur sehr selten oder gar nicht.

Neue methodische und inhaltliche Impulse in bestehende Kollegien erfolgen oft durch junge Lehrer*innen. In vielen Bundesländern gab es aber lange Zeit verzögerte Einstellungspraktiken, so dass diese Impulse auch aus aktuellen Forschungsergebnissen der Hochschulen geringer waren, als notwendig. Das Überzeugen von neuen Wegen und die Einführung dieser Methoden bedarf genug zeitlichen Vorlaufs, Begleitung und Nachbereitung. Mit einem stark verzögerten Impuls finden auch die weiteren Schritte erst später statt.

Vor einigen Jahren war die personelle Ausstattung an Schulen noch bei 110%. Mit den 10% mehr Personal, als minimal nötig, konnten Erkrankungen von Lehrern abgefangen, außerschulische Projekte realisiert, Teilungsstunden organisiert werden oder Unterstützung bei besonderen Bedarfen geleistet. Mit der Reduzierung auf nur noch maximal 100%, wie er in vielen Bundesländern vorgenommen wurde und Erkrankungsraten von teilweise über 10% sind die verbliebenen Lehrer zu Vertretungsunterricht gezwungen. Das bei mehr Verwaltung und auch noch zusätzlichen Stunden in guter Qualität wenig Drang zu weiterer zeitlicher Investition besteht, ist leicht nachvollziehbar.

Neben diesen menschlichen Bedingungen müssen auch die räumlichen Bedingungen und die räumliche Ausstattung stimmen. Fehlende Arbeitsräume, fehlende Arbeitsmaterialien, Gebäude die eher zum schnellen Verlassen motivieren als zur Arbeit sind nicht hilfreich.

Die Einstellung von Lehrern und die sofortige Übernahme von fertig ausgebildeten "Junglehrern" - auch in der Vorausschau des anstehenden Generationswechsels an vielen Schulen - kann hier ein Ansatz sein. Es gibt Untersuchungen, dass jeder Euro der gleich in die (Aus)Bildung investiert wird, sich später mehrfach auszahlt, beispielsweise in weniger privater Nachhilfe, in weniger "Fördermaßnahmen" nach Ende der Schulzeit und höherer Qualifikation der Schulabgänger mit mehr Flexibilität in der beruflichen Entwicklung. Das Verschieben vom Landesetat Bildung in den Bundesetat Arbeit und Soziales lässt den Eindruck erscheinen, dass die aktuelle Entwicklung günstiger wäre. Die Betrachtung des Ganzen zeigt aber, dass die Finanzierungsfrage eher zu stellen ist, wenn bei der Bildung weiter gekürzt wird."

8. Eine Million junge Arbeitslose bei gleichzeitig freibleibenden Ausbildungsplätzen darf nicht sein!

Mit welchen Maßnahmen sollte der Übergang zwischen Schule und Beruf verbessert werden? Warum gibt es gleichzeitig eine hohe Jugendarbeitslosigkeit und freibleibende Ausbildungsplätze und wie kann man dieses Missverhältnis beheben?

Und Björn Gliencke weiter: "Kürzungen im Bildungsbereich führen auch zu einer Ausbildung, die nicht das leistet, was sie leisten könnte. Die Folge von Stundenausfällen, fachfremdem Unterricht und lokalen Notlösungen muss irgendwann ausgeglichen werden. Dies erfolgt oft auch nach einem Abschluss. Auch das Lernen nur für Tests, wie es inzwischen auch an Universitäten immer weiter eingeführt wird, führt nicht zu einem besseren Verstehen. Hier muss der Blick ganz klar auf ausreichende personelle Fachausrüstung gelenkt und der Schwerpunkt des Lernens auf das Verstehen gerichtet werden.

Daneben können mehr sinnvolle berufspraktische Kontakte während der Schulzeit die Chance erhöhen, schon vorab in vielen Bereichen Erfahrungen zu sammeln. Möglichkeiten sind hier beispielsweise Praktika oder Projektwochen. Damit besteht eine erhöhte Chance, vorab die richtige Ausbildungs- oder Berufsrichtung zu erkennen und somit nicht mitten in der Ausbildung abzubrechen und in die Arbeitslosigkeit zu gehen.

Wer statt Ausbildung lieber ein Studium beginnen möchte, muss dazu die Chance bekommen. Viele Abiturienten beginnen aber erst eine Ausbildung, weil die Wartezeiten an den Hochschulen zu lang sind und brechen später die Ausbildung ab. Damit ist anderen Menschen der Zugang zu vielen Ausbildungsplätzen verwehrt. Stünden genug Studienplätzen bereit, wäre auch bei der Ausbildung Entspannung möglich."

Durch die Fehlanreize, welche durch die Hartz IV Gesetzgebung verursacht wurden, kommt es zu Ungleichgewichten am Arbeitsmarkt. So werden in einem Schattenmarkt Jugendliche so lange aus der Statistik gehalten, bis sie mit 25 in Leistungsempfänger überführt werden können, die dann mit minderwertigen Beschäftigungen bis zum Rentenalter beschäftigt werden. Es ist Zeit, tatsächlich über eine Ausbildungsabgabe nachzudenken welche auch wirklich Stellen schafft. Darüber hinaus ist der gesamte öffentliche Bereich der Arbeitsvermittlung schnell zu reformieren.

9. In der Berufswelt gibt das Arbeitszeugnis eine individuelle Rückmeldung!

Wie stehen Sie zu dem Vorschlag, auch in der (Ober-) Schule eine differenzierte Rückmeldemethode anstelle von Noten einzusetzen?

Wir sind dafür. Ziffernnoten und sogenannte Kopfnoten lehnen wir ab. Bewertungen sollen den Lernenden vorrangig als Rückmeldung über ihre Bildungsfortschritte dienen und nicht der interpersonellen Vergleichbarkeit.

10. Es geht um uns, also lasst uns doch mitreden!

Welche Wege könnte es für Jugendliche und junge Erwachsene geben, um bei ihrer Bildung stärker mitzuentcheiden und mitzugestalten? Und wie sieht das bei gesellschaftlichen Belangen außerhalb der Schule aus?

Eine auf den Prinzipien von Selbstbestimmung und Mitbestimmung aufbauende Gesellschaft muss auch ihr Bildungssystem auf diese Grundlagen stellen. Deshalb müssen alle Bildungseinrichtungen demokratisch verfasst und transparent organisiert sein. Ihre Mitgestaltung und Nutzung muss Lernenden und Lehrenden offen stehen; das bezieht sich auch auf die Lerninhalte. Das

vorherrschende Maß an Mitgestaltung an deutschen Bildungseinrichtungen genügt weder unserem Anspruch, dass die Einrichtungen demokratisch verfasst sein sollen, noch können auch Lehrinhalte wirklich mitgestaltet werden. Die Entwicklung einer kritischen und selbstständigen Persönlichkeit wird durch die Demokratisierung von Bildungseinrichtungen unterstützt. Demokratische Werte werden dabei nicht nur vermittelt, sondern auch gelebt.

Auch außerhalb der Schule setzen wir uns für mehr Demokratie und Bürgerbeteiligung ein. Das umfasst die Absenkung des Wahlalters, damit auch junge Menschen bereits eine Stimme haben. Wie weit wir das Wahlalter absenken wollen, ist noch Gegenstand innerparteilicher Debatte. Während einige Landesverbände in ihren Landeswahlprogrammen ein Wahlrecht ohne Altersgrenzen (Kinderwahlrecht) fordern, setzen sich andere für eine Absenkung nur um wenige Jahre ein.

Wir experimentieren mit neuen Partizipationsmethoden und -werkzeugen mit dem Ziel, diese gesellschaftlich zu etablieren. So bieten wir z.B. Schülervertretungen an, ihnen bei Einführung und Einsatz des Liquid Democracy-Werkzeugs LiquidFeedback zu helfen. Dieses setzen wir auch innerparteilich ein.

Wir haben ein umfassendes Wahlprogramm im Bereich Mehr Demokratie / Bürgerbeteiligung, das an dieser Stelle nicht vollständig wiedergegeben werden kann. U.a. setzen wir uns für sogenannte fakultative und obligatorische Referenden ein sowie für Volksinitiativen, Volksbegehren und Volksentscheide auf Bundesebene, für die Ergänzung der Europäischen Bürgerinitiative durch unionsweite Bürgerbegehren und Bürgerentscheide im Bereich der EU-Gesetzgebung und für Bürgerhaushalte.